

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Ausgabezeit: Tageblatt Riesa,
Sammel Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa,
des Amtsgerichts Riesa und des Landratsamtes Riesa, sowie des Gemeinderates Gräba.

Verlagsort: Dresden 1556
Sammel Nr. 52.

Nr. 214.

Dienstag, 13. September 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Herauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, oder 10 Pfennig am Postfachhalter, monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Ausgaben für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorwärts zu bezahlen; eine Gebühr für das Erstellen an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Zeit für die 48 Uhr breite, 3 m hohe Gewandschäfte (7 Silber) 1.10 Mark, Ostpreis 1.— Mark; zeitüberehender und üblicherweise 10% Aufschlag. Nachweisungs- und Verwertungsschäfte 30 Pf. diese Tarife. Bevölkerter Haushalt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Rechnung gerät. Sitzungs- und Geschäftsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsschäfte, Tarifzettel an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger legenwechsler Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsmittelpunkte — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Stationärsdruck und Verlag: Baumer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Wilhelm Dittich, Riesa; für Finanzmittel: Wilhelm Dittich, Riesa.

Beihilfe für in Not geratene Kleinrentner.

1. Die vom Landtag beschlossene Beihilfe von 5000000 Mark ist nach folgenden Grundsätzen zu verteilen:

1. Die Beihilfe wird nur auf Antrag gewährt.
2. Antragsberechtigt sind nur solche Kleinrentner, die im deutschen Reich staatsangehörig sind, am 1. Dezember 1920 in Sachsen bereits ihren Wohnsitz gehabt haben; das schärfste Lebensjahr — bei alleinstehenden Frauen das fünftigste — überschritten haben oder vollständig erwerbsunfähig sind, von keiner anderen, öffentlichen oder privaten Seite laufende Beiläge in Geld oder Lebensbedarf erhalten (s. B. Alters-, Militärvorsorgungs-, Sozialrenten, Pensionen, Unterhaltsbeiträge, Stiftungsmittel), im Kalenderjahr 1920 nicht mehr als 2500 M. — Ehepaare 4000 M. — Einkommen aus Kapital- oder Grundbesitz gehabt haben.
3. Anträge auf Bewilligung der Beihilfe sind bis mit

24. September 1921

bei der Gemeindebehörde des Wohnortes unter Benutzung des Vorbrückes A einzureichen. Verjährte eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Der zur Verteilung gelangende Beihilfesatz wird vom Ministerium des Innern demnächst auf Grund der Gesamt nachstellungen aller im Freistaat Sachsen eingelaufenen Anmeldungen besonders festgesetzt.

Das Ministerium des Innern hat ferner in Aussicht genommen, die Beihilfe eventuell zum Teil in Lebensmitteln zu gewähren.

Auf die Kleinrentnerhilfe besteht kein Rechtsanspruch; sie ist auch weder als Armen- noch als Wohlfahrtspflege im Sinne des Wohlfahrtspflegegesetzes angesehen.

All Personen, welche hierauf einen Antrag auf Beihilfe stellen wollen, müssen das hieran nötige Anmeldeformular — A — unmittelbar bis zum 20. September kostenlos im Rathaus, Zimmer Nr. 10, in den Dienststunden in Empfang nehmen.

II. In Gemäßheit des Beschlusses des Landtages vom 23. Juni 1921 und entsprechender Anweisung des Ministeriums des Innern ist als amtliche Hilfsstelle für in Not geratene Kleinrentner der Stadt Riesa vom Rat der Stadt der durch 2 Mitglieder der bietigen Ortsgruppe des Vereins der Klein- und Mittlerrentner Sachsen e. V. zu Dresden zu verstarkende örtliche Armenausschuss bestellt worden, wobei zur Vermeidung falscher Aufstellungen darauf zu verzweigen ist, dass die Tätigkeit dieser Hilfsstelle weder als Armen- noch als Wohlfahrtspflege zu gelten hat.

Der Gleichheitskreis dieser Hilfsstelle umfasst:

- a) Erörterung und Prüfung der rechtzeitig bis mit den 24. September 1921 bei dem Rat der Stadt Riesa eingegangenen Anträge auf Gewährung des Beihilfesatzes aus dem staatlichen Kleinrentnerhilfsfonds,
- b) Gewährung von Rat und Hilfe in allen sonstigen Fällen an in Not geratene Kleinrentner der Stadt Riesa.

Der Rat der Stadt Riesa, am 12. September 1921.

Essentieller Aufruf zur Sammlung und Spende zweds Linderung der Not der Arbeitslosen und Kleinrentner in der Stadt Riesa.

Durch die anherrschende Verteuерung allen Lebensbedarfs sind die Kreise der Bevölkerung besonders hart betroffen, die in ihrem Einkommen lediglich auf den Bezug einer Rente angewiesen sind, wie sie an Arbeits- und Altersinvaliden auf Grund reichsgerichtlicher Verlehrungsbestimmungen und an Kleinrentner auf Grund des Verlustes eines durch die Geldentwertung geschwälterten kleinen Kapitals zur Auszahlung gelangt.

Viele Angehörige dieser Kreise befinden sich in großer Not, in die sie doch unverhüllt geraten sind, ohne dass wegen der gerade bei Ihnen oft vorhandenen Arbeitsunfähigkeit die Möglichkeit des Hinzuverdienens gegeben ist.

Es ist, zumal der Winter bei verstärkter Leistung herannahrt, eine Ehrenpflicht nicht nur des Staates und der Behörden, sondern jedes bewegten Einwohners und aller örtlichen Vereine und Organisationen in Riesa, diesen notleidenden Volksgenosse nach Kräften zu helfen und soviel beizutragen, dass ihnen die schlimmste Not des kommenden Winters wenigstens ferngehalten werden kann.

Jede Spende und Gabe sowohl in Geld wie in geeigneten Bedarfsgegenständen wie Kleidung, Wäsche, Schuhwerk, haltbare Lebensmittel und dergl. ist erwünscht und wird bis auf weiteres während der Dienststunden im Rathaus im Dank entgegengenommen, und zwar die Geldspende von der dortigen Stadtverwaltung, die andere Spende im Zimmer 10.

Über die Verteilung werden in pflichtmässiger, wohlwollender Prüfung dieselben Stellen Entscheidung treffen, die bei Verteilung amtlicher Beihilfen tätig zu werden haben.

Der Rat der Stadt Riesa, am 12. September 1921.

Kanzleieghilfin

für die Lebensmittelkonzentrale für 1. Oktober gesucht.

Befolzung erfolgt nach Gruppe I der Befolzungserordnung II für Angehörige des Rates der Stadt Riesa.

Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 20. September 1921 erbeten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 13. September 1921.

Geb.

Feuerwehrübung in Gröba.

In der Zeit von Donnerstag, den 15. September bis mit Dienstag, den 20. September findet eine

Alarmübung

der bietigen Feuerwehr statt. Die Alarmierung erfolgt mittels Horn und Hupe.

Zu dieser Übung haben sich sämtliche Mannschaften der Freiwilligen und der Pflichtfeuerwehr (Jahrgang 1895 und 1896) am Gerätekoppen an der Strehlaer Straße eingefunden. Die Pflichtfeuerwehr hat die bis dahin noch anzutreffenden Armbinden anlegen.

Gröba (Elbe), am 9. September 1921.

Der Gemeindevorstand.

Vertliches und Sachliches.

Riesa, den 13. September 1921.

— Brand eines Pulverbauwens. Gestern nachmittag ist im Munitionslager II in Seithain ein der Verschottungsgesellschaft gehöriger Schuppen, in dem zur Verschottung bestimmtes Pulver lagerte, vollständig niedergebrannt. Der Brand ist entstanden durch die Explosion einer Granate. Von der Verbindung des Feuers musste abgeschossen werden, da noch andere Munitionsschuppen in der Nähe lagen und daher die Gefahr weiterer Explosionen bestand. Die Granostelle war in weitem Umkreis abgesperrt. Glücklicherweise blieb das Feuer auf seinem Herd beschränkt. Menschen sind bei der Explosion und bei dem Brand nicht zu Schaden gekommen.

— Konzert des Männer-Gesangvereins „Orpheus“ zugunsten der Oberförsterhilfe. Die brennende, überschlechtliche Frage, die Gefahr des polnischen Terrors, die schwüle wirtschaftliche Lage, dabei aber eine merkliche Abschwächung nach Deutschland sind Kulturreisen, die jeden denkenden Deutschen mitführen lassen. Ihre Wirkung ist es, die tragischen Bestimmung dieser Menschen, dem blauen Blütten des launischen Fatum baldigst Abbisse zu schaffen. Auch an seinem beschädigten Teile beizutragen, verankert der „Orpheus“ unter bewährter Leitung seines Chormeisters am 16. September ein Konzert, dessen Fortgangsfolge, als Grundgedanken „das echte Deutschtum, das heilige Vaterland, die Liebe zur heimatlichen Scholle, zu großen Hoffnungen“ bestätigt. Eine aus Mitgliedern des Vereins mit einigen Fachmännern zusammengeführte Kapelle hat in dankenswerter Weise den instrumentalen Teil des Abends übernommen. Unser Horst Graupe wird dem Konzert durch mehrere Lieder noch einen hohen Wert verleihen. Angelichts dieser edlen Kunst und des wahrhaft auten Zwecks sollte man nicht versäumen, die uneigennützigen Absichten des „Orpheus“ nach Kräften zu unterstützen und seinen Beutel dem tragischen Gesicht der Oberförster zu öffnen. Rückerst liege Interesse.

— Zum Streik im Eisenwerk. Auf unsere letzte Mitteilung über den Streik im Eisenwerk erhielten wir von der Verwaltungsstelle Riesa des Metallarbeiterverbandes folgendes Schreiben: „Auf Grund des § 11 des Betriebsverfassungsgesetzes erlaubt es mir Aufnahme folgender Bekanntigung: Die Notiz in Nr. 213 des Riesaer Tageblattes vom 12. September 1921 „Metallarbeiterstreik“ enthält einige Irrtümer. Rückerst wird beweist, dass ich nur die Belegschaft des Martinwerkes im Streik befindet. Diese hat sich mit 90 Prozent für den Streik erklärt. Die gefärbte übrige Belegschaft wurde von der Werkleitung als Gegenstand aussgeschlossen. Ferner ist die Behauptung in der betreffenden Notiz, dass mehr Arbeiter des Röhrwerkes gegen den Streik gestimmt hätten als für ihn, nicht den Tatbestand entsprechen. Wahre ist, dass in mehreren vorhergehenden Versammlungen 286 Arbeiter des Röhrwerkes für den Streik gestimmt haben und nur 51 gegen den Streik. Auf die Bemerkung in der bekannten Notiz, dass die Arbeiter des Martinwerkes ohne vorherige Verhandlungen in den Streik eingetreten sind, wird erklärt, dass Verhandlungen mit der heiligen Werkleitung gar nicht geprägt werden können, da die ganze Angelegenheit zentral und zwar durch die Tarifkommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Dresden einerseits und durch den Verband der Metallindustriellen andererseits geregelt wird.“

Da der Verband der Metallindustriellen jede weiteren Verhandlungen in Bezug auf Lohnverhöhung über den Streik hinaus strikt abgelehnt hat, so möchte eben in den Streik eingetreten werden. Die durch den Schiedspruch den Metallarbeitern zugebilligte Julage von 1 Mr. pro Stunde trägt den Verhältnissen in seiner Weise Rechnung, da die bisherigen Löhne außerordentlich niedrig sind. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Riesa.“

— Der Metallarbeiterstreik in Dresden. Wie die Abendblätter melden, hat sich der Ausstand der Dresdner Metallarbeiter weiter ausgedehnt. Wie die Dresdner Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mitteilt, ist die Arbeit beschlagnahmt in 11 Betrieben eingestellt worden. Von 10 000 Beteiligten haben nur wenige gegen den Ausstand gestimmt. Die Roststandardsarbeiten werden überall verrichtet.

— Sachens Ortsklasseneinteilung vor dem Statistischen Reichsamt. In voriger Woche haben im Statistischen Reichamt in Berlin die Verhandlungen wegen der Einreibung der lädtischen Orte in das endgültige Ortsklassenverzeichnis stattgefunden. Die Verhandlungen wurden geleitet vom Präsidenten Dr. v. Delbrück. Außer den Vertretern der fünf lädtischen Kreishauptmannschaften, ferner sächsische Reichstagsabgeordnete und die Landtagsabgeordneten Claus, Gastau, Börner und Schönck vertreten. Der Vorsitzende der Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes betonte in einer Anrede, dass Sachsen einen rein industriellen Charakter trage und Landwirtschaft nur wenig vorhanden sei. Die Beurteilung ergibt ein einheitliches Wirtschaftsgebiet mit teuersten Verhältnissen, für das nur die drei ersten Ortsklassen in Frage kommen könnten. Nachdem die Vertreter der Kreishauptmannschaften die örtlichen Verhältnisse geschildert hatten, sprachen die Vertreter der Gemeindeschulen, deren Ausführungen sich in gleicher Richtung bewegten, sodass der Reichstag gegenüber ein einheitlicher Wille zum Ausdruck kam. Die Verhandlungen selbst konnten nicht durchgeführt werden, weil es an einem Vorschlag der Fleischbehörden fehlte. Der sächsische Regierungsvorstand unterstützte am Schluss der Verhandlungen die Forderungen der Organisationen in jeder Beziehung und wies darauf hin, dass sie außerst wohl gehalten seien. Es dürfte darum auch verlangt werden, dass sie voll gewürdigt werden. Die sächsischen Organisationen werden nochmals zum Entwurf der Ortsklasseneinteilung Stellung nehmen.

— Den Staatsangestellten hat die lädtische Regierung dieselben Teuerungsaufschläge wie den Staatsbeamten bewilligt. Die männlichen Volljährigen Angestellten in den ersten 5 Vergütungsklassen erhalten einen weiteren Ausgleichsaufschlag, damit die Beiläge eines Angestellten in der 5. Vergütungsklasse erhalten. Die weiblichen Volljährigen Angestellten in den ersten 5 Dienstjahren erhalten ebenfalls einen Ausgleichsaufschlag. Jugendliche Angestellten bis zum vollendeten 21. Lebensjahr wird zu ihrer bisherigen Grundvergütung ein Ausgleichsaufschlag gewährt. Hinzu kommt der Lehrlinge werden noch Vereinbarungen getroffen.

— Die neuen Kartoffelpreise. Das Wissenschaftliche Bureau teilt halbjährlich mit: In der Preise und im Publikum sind wiederholt Befürchtungen laut geworden, dass die diesjährigen Kartoffelpreise von Interessentenkreisen übermäßig in die Höhe getrieben werden. Diese Befürchtungen dürften unbegründet sein. Die Kartoffelpreise sind

in der letzten Zeit ständig gefallen. Auch die Rentenrichten geben zu besonderen Befürchtungen keine Anlassung; wenn auch in einzelnen Gegenden infolge der anhaltenden Trockenheit nur mit einer geringen Rente gerechnet werden kann, so laufen aus anderen für die Kartoffelproduktion besonders wichtigen Gebieten die Nachrichten durchaus günstig. Im Interesse der Konsumanten selbst muss daher dringend empfohlen werden, vom Kauf zu übertriebenen Preisen Abstand zu nehmen. Das Verarbeiten von Kartoffeln in Brennereien wird in ähnlicher Weise wie im vorigen Jahre auf das notwendige Maß eingeschränkt. Die Ausfuhr von Kartoffeln ins Ausland ist aufs strengste unterfangt. Die Grenzbehörden sind angewiesen, die unerlaubte Ausfuhr aufs nachdrücklichste zu bekämpfen.

— Volksfest-Ziehung. Die Ziehung des 3. jährl. Bandeswohlfahrts-Geldlotterie findet vom 19.—26. Sept. unter Aufsicht des Polizeipräsidiums in Dresden, im Löwenbräu, Eingang Landhausstraße, statt. Der Höchstgewinn beträgt im günstigsten Falle 125 000 Mr. Von zu 5 Mr. sind noch bei allen Staatsschulden-Einnahmen und sonstigen durch Wlafale kennlichen Geldbüsten, sowie beim Hauptvertrieb, Auslandsbank für Sachsen in Dresden zu haben.

— Die Mau- und Klauenfeste. Die Seide hatte ihren leichten Höhepunkt am 15. Oktober 1920 mit 195 948 verlesenen Gehöften im ganzen Reich erreicht. Bis zum 31. Mai 1921 war sie stetig zurückgegangen auf 2560 verlesene Gehöfte. Vom 15. Juli 1921 ist sie im langsam aber stetigen Steigen begriffen. Am 15. August 1921 wurden wieder 3204 verlesene Gehöfte gezählt. Das bedeutet gegenüber dem 31. Mai eine Zunahme von 25%. Die Seidenherde, in denen das erneute Auftauchen von sich gibt, sind wiederum die preußischen Regierungsbezirke Stettin mit 177 und Köslin mit 394, sowie der bayerische Bezirk Schwaben mit 137 neuverlesenen Gehöften. Es muss Aufgabe der Landwirtschaft sein, durch gewissenhafte Beachtung der veterinarpolizeilichen Vorschriften zur Bekämpfung der Maul- und Klauenfeste der gefährdeten weiteren Verbreitung der Seide entgegenzuarbeiten.

— Auslandsmärsche. Nach wiederholten Vorfällungen des Wirtschaftsministeriums bei der Reichsgesetzgebung hat die Bezugvereinigung der deutschen Landwirte in Berlin die ausreichende und bedeutsame Lieferung von Mais nach Sachsen zugesagt. Die vereinigte Aussicht, dass die Maisbezugsscheine mit dem 31. August 1921 allgemein die Gültigkeit verlieren, ist irrig. Nur die Maisbezugsscheine, die nicht spätestens bis 31. August 1921 zur Belieferung vorgelagert werden, haben ihre Gültigkeit verloren. Die bis 31. August 1921 zur Belieferung vorgelegten Scheine bleiben solange gültig, bis sie beliefert werden sind.

— Landwirtschaftliche Warenbörsen. Seithain, Sonnabend, den 10. September. Weizen 195—205, Roggen 167, Wintergerste 160—170, Sommergerste 220—225, Hafer 165—175, Mais 180, Stroh 16 bis 18, Weizenheu 80—90, Kartoffeln 45—50, Roggenkleie 120, Weizenkleie 120, Stimmung beliebter.

— Steuerermäßigungen. Nach § 15 Nr. 8 des Reichsnatverschaffungsgesetzes können bei Abgabepflichtigen mit einem steuerbaren Vermögen von nicht mehr als 150 000 Mark, die keinen Anspruch auf Pension oder Hinterbliebenenfürsorge haben, bestimmte Brüdertheile des Vermögens als steuerfrei abzogen werden, falls nicht die ganze Abgabe zinslos gefunden werden ist. Zum Ausgleich von Hütten bei Anwendung dieser Bestimmung hat der Reich-

minister der Finanzen unter dem 19. August 1921 eine Verordnung erlassen. Danach werden die Ermäßigungen des steuerbaren Vermögens nach § 15 Nr. 8 des Gesetzes über das Reichsnofizier, sofern die Voraussetzungen dieser Vorschrift aufgetreten, im übrigen nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Abgabevollziehende am 31. Dezember 1919 ein Recht auf Renten oder auf fortlaufende Besitzte aus Hinterbliebenenfürsorge hatte, sofern der Jahresbetrag der Besitzte 1000 Mark nicht überschreitend und das steuerbare Vermögen zu mindestens vier Fünfteln aus Kapitalvermögen bestand. Wurden am 31. Dezember 1919 nur etwa 1000 Mark vorübergehende Besitzte aus Hinterbliebenenfürsorge (Sterbe- oder Gnadenviertelsjahr usw.) gewahrt, so tritt an ihre Stelle der Jahresbetrag der ersten fortlaufenden Jahre. Weiter ist für diejenigen Abgabevollziehenden eine Erleichterung vorgesehen, bei denen zwar im übrigen die Voraussetzung des § 15 Nr. 8 des Reichsnofiziers nicht vorliegt, für die aber doch der Abzug des § 15 Nr. 8 ausgeschlossen ist, weil das steuerbare Vermögen mehr als 150.000 Mark beträgt. In diesen Fällen ist der Mehrbetrag der Abgabe, der sich durch die Überschreitung der Grenze von 150.000 Mark ergibt, nur insofern zu entrichten, als er aus der Hälfte des 150.000 Mark überschreitenden Teiles des steuerbaren Vermögens bestimmt werden kann. Diese Steuerermäßigung wird beispielweise mit 160.000 Mark steuerbaren Vermögen wie folgt: Auf das nach Abzug von 5000 Mark sich ergebende abgabevollziehbare Vermögen von 155.000 Mark entfällt eine Steuer von 19.250 Mark. Wären nur 150.000 Mark steuerbares Vermögen vorhanden, so wären hierauf bei Ermäßigung nach § 15 Nr. 8 13.250 Mark Steuer zu entrichten. Der Abgabevollziehende hätte hierauf für ein um 10.000 Mark höheres Vermögen 6000 Mark mehr als Steuer zu entrichten. Er hat nach den neuen Bestimmungen dagegen nur 18.250 Mark (13.250 Mark und 5000 Mark als die Hälfte des Mehrbetrages seines Vermögens gegenüber 150.000 Mark) zu entrichten. Je mehr sich das Vermögen der Grenze von 150.000 Mark nähert, desto günstiger wird die Steuererleichterung. Es würden unter gleichen Verhältnissen bei 151.000 Mark steuerbares Vermögen statt 17.900 Mark nur 13.750 Mark an Motorsteuer zu entrichten. Die Ermäßigung nach der Verordnung vom 19. August 1921 treten nur auf besonderen Antrag des Abgabevollziehenden ein. Die Anträge sind spätestens binnen drei Monaten nach endgültiger Feststellung des Reichsnofiziers bei dem zuständigen Finanzamt zu stellen. Vordige Antragstellung ist zu empfehlen.

* Eine Jugendtagung der Deutschen Volkspartei in Sebnitz am Sonnabend und Sonntag aus Anlaß des 1. Stiftungsfestes der im Vorjahr in dieser Hochburg des Sozialismus und Kommunismus angebrachten Krisgruppe hatte aus vielen Sälen Deutschlands und dem benachbarten Böhmen zahlreiche Teilnehmer in das freundliche Grenzstädtchen gelockt, wenn auch infolge der politischen Lage von der anfangs geplanten Kundgebung höheren Stils abgesegnet worden war. Verschiedene Reichstags- und Landtagsabgeordnete, sowie solche des Prager Parlaments waren anwesend. Die Hauptansprache des Abends hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Puther, der in seiner tiefrückigen Rede Persönlichkeit und Gemeinschaft als die zwei Sterne preis, die deutliches Volksstum mit Hilfe einer echten deutschen Jugend wieder aufzuwirken hofften würden. Die bedrangte Lage der Deutschen in Böhmen schilderten in beredten Worten die Prager Abgeordneten Kallina und Dr. Höhler. Dem Jubelverein wurden zahlreiche Bildlungen und Geschenke dargebracht. Am Sonntag legte eine Abordnung früh Kränze am Kriegerdenkmal auf dem Friedhof zum Andenken an die gefallenen Helden nieder, dann fanden die Beratungen des Wahlkreisjugendausschusses Ottakrön statt, nachmittags ein deutsch-nationaler Gaukult der Deutschen Böhmens im tschecho-slowakischen Karlsbad im Rumionen, wobei wiederum die genannten Prager Abgeordneten sprachen. Die erhabende Feier am Sonnabend sowie die machtvolle Kundgebung am Sonntag verließen ohne Störung, obwohl in Sebnitz am Sonntag mittag die Kommunisten einen Demonstrationszug geplant hatten.

* Auf der Tagung des Verbandes sächsischer Tischlermeister in Freiberg, dem zurzeit etwa 8000 Meister, die 5400 Gehilfen und 300 Lehrlinge beschäftigen, angehören, wurde unter anderem beschlossen, zur Ausklärung in Arbeitgeber- und Verbandsfragen Verbandsbezirke zu schaffen. Verabschied wurde die Zusammensetzung der verschiedenen Reichsverbände des Tischlergewerbes in einem Reichsverband begrüßt, zu dem der Beitritt beschlossen wurde. Weiter beschloß man, darauf hinzuwirken, daß die Sachverständigengebüllen bei den ordentlichen Gerichten erhöht werden und daß das gewerbliche Schulwesen unter allen Umständen dem Wirtschaftsministerium unterstellt bleiben soll. In einer Entschließung heißt es: Der Verband sächsischer Tischlermeister erhebt Einspruch gegen die Errichtung einer Geschäftsstelle der Gemeinnützigen

deutschen Haushaltswerke in Sachsen und verurteilt die Verflaßung des sächsischen Ministers des Innern an die Verwaltungsstellen, durch die einseitig die Bestrebungen des Haushaltswerkes unterstützt worden sind. Der Verband und seine Mitglieder sind in der Lage, die in sächsischen Familien gebrauchten Möbel- und Einrichtungsgegenstände ebenso gut und billig zu liefern als eine Gesellschaft, die ihren Sitz in Berlin hat und die angeklagt worden ist, um den früher begangenen Fehler und die dort entstandenen Verluste wieder aufzumachen. Demnächst ist die so genannte Gemeinnützigkeit des Haushaltswerkes stark anzusehen. Der Verband als Interessenvertretung des sächsischen Tischlerhandwerks verurteilt derartige Eintritte von Nichtfachleuten in die Berufswelt aus Sicherheit und Beauftragt den Landesausschuß des Handwerks und das Subventionsamt, mit allen Mitteln gegen die Tätigkeit der Haushaltswerke in Sachsen vorzugehen.

Döbeln. Die Einigungsgemeinde der Vororte Groß- und Kleinröhrsdorf, Ostritz und Neukirch in die Stadt Döbeln stand in der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung. Sie wurde ohne Debatten einstimmig genehmigt, obwohl sie die Stadt eheleblich über damit verbunden sind.

Rosswinkel. In der Gummifabrik von Singer (vorw. Wester) an der Rosswinkelstraße brannte Feuer aus,

wodurch die Fabrik vollständig ausbrannte. Bischofsgrün. Auf ein 25-jähriges Bestehen konnte am 12. September der hier erscheinende „Sächsische Erzähler“ auszeichnen. Das Blatt wurde 1848 von Friedrich Benjamin May gegründet und hat sich aus bestehenden Anfängen heraus zu einer modernen Tageszeitung und einem Heimatblatt entwickelt, das unter den Zeitungen der westlichen Lausitz die höchste Auflage besitzt. Im Jahre 1857 erfolgte die Ernennung zum Amtsblatt.

Cheb. Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Freitag vormittags im Hause Weißstraße 29. Der dort im 1. Obergeschoss wohnhafte 76 Jahre alte Agent Dominik Pražibl ist, als er sich von einem Gedächtnis im Hof überzeugen wollte, aus einem Fenster seiner Wohnung in den Hof hinabgestürzt, wobei er einen Schädelbruch erlitten, woran er nach kurzer Zeit gestorben ist.

Gautzsch. Ein bissig beobachteter Autobruderereignis aus Berlin suchte nichts mit dem Motorrad seines Arbeitgebers das Weite. Da er jedoch des Fahrzeugs nicht funda war, erreichte ihn schon in Bönnigheim Schicksal. Er hielt einen anderen, ihm überholenden Motorradfahrer an mit der Bitte, ihm beizuhelfen zu sein. Da dieser jedoch schon von dem Diebstahl wußte, überwarf er ihn der Polizei.

Graslitz. Eine böse Abfuhr erlitten beim Gitterfest des ersten Auges von Graslitz in Ballenau 12 Prager „Geheimen“, die gekommen waren, eine Revision der Reisen, beißig der Fahrlässig vorzunehmen, da in der letzten Zeit angeblich die „Schwarzfahrten“ beim Graslinziger Arbeiter-Freihause überhandnahmen. Die Arbeiter fliegen aus und setzen ihren Weg fort wie immer. Der Aufsorgering, daß alle Arbeiter nur den Hauptausgang benutzen sollten, widerrief sie sich, weil sie Eile hatten, um ihrer Arbeitsstätte zu gelangen. Da mochte einer der tschechischen Beamten die Bemerkung, daß sie „die Herren seien“, und schlug mit seinem Gummistiel los. Das ließen sich die etwa 300 Arbeiter nicht bieten und benötigten ihre blecherne Rüstfassung als Gegenwaffe. Nun befahlen die „Herren“ sowohl Schläge, daß ein Arzt stundenlang zu verbinden hatte. Bis jetzt konnte keiner der Beteiligten festgehalten oder sichergestellt werden.

Schwarzenberg. Bei den Stadtverordnetenwahlen, die erfolgen mußten, weil vom Ministerium des Innern das bisherige Stadtverordnetenkollegium aufgelöst worden war, erreichte die bürgerliche Liste 13 Mandate (bisher 13), die Mehrheitssozialdemokraten 7 (bisher 6) und die Kommunisten 6 (bisher 7) Mandate. Die Gruppen sind also nach wie vor gleich stark.

Annober. Im Stadtteil Kleindörrckerswalde ereignete sich beim Wählen ein schwerer Unglücksfall. Das dreijährige Mädchen des Gutsbesitzers H. hatte sich in das Feld gelegt, obwohl das es der Autricher der Wäschemaschine bemerkte hatte. Dem Kind wurde von der Maschine das rechte Bein geschnitten, während das linke Bein leichter verletzt wurde.

Oberwürschnitz. Völlig niedergebrannt ist die Mutter des Schnellmühle mit sämtlichen Maschinen. Es wird Kreisgericht vermutet.

Stauffenbach. Als sich der bissige Förster Tröger im Hauptmannsgrüner Steuer auf dem Landstand befand, hörte er Schüsse. Es gelang ihm zwei Wilderer zu überwältigen und den einen nach Gewehrwehr festzunehmen. Es handelt sich um einen in Schönfels wohnhaften, auf einer Grube in Planitz beschäftigten Bergarbeiter, der von dem Feind in das Reichenbacher Gefängnis gebracht wurde. Den entflohenen Genossen kennt man noch nicht, da sich der Verhaftete weigert, irgendwelche Aussagen zu machen.

Leipzig. Ein rassistischer Raubüberfall wurde in Connewitz verübt. Am Sonnabend früh gegen 8 Uhr gab ein Tischler aus Connewitz in der Bornaischen Straße, Ecke Clemensstraße, drei Männer, anscheinend schlafend, auf dem

Fußwege liegen. Sie konnten es nie direkt enthalten, an sie heranzugehen und zu verführen, einen davon zu töten. Ob er es sich aber verfügt, was einer der Männer aufsprang, hatte ihn zu Boden geschlagen und schließlich nach einer längeren Palaver das Radett über den Kopf gezogen und war damit geflüchtet. Später fand der Überfallene sein Radett etwa 100 Meter vom Tatort entfernt wieder, jedoch ohne seine Wertsachen aus braunem Wachstuch, in dem sich 880 Mark und einige Schreibstücke befanden.

Für den halben September

Kostet der Bezug des Niederrheinischen Landesblattes durch die Zeitungsboten Mf. 2.20 viel Haus. Bezahlungen hierauf werden von allen Ausdruckern und von der Geschäftsstelle (Kernpreis 20) zur Vermittlung an diese jederzeit angenommen. —

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

United States Mail S. S. Co. — United States Lines. Wie die Verwaltung des Norddeutschen Lloyd Bremen bekannt gibt, und die von der United States Mail S. S. Co. betriebenen früheren deutschen Passagierdampfer dem Shippingboard ausgliedert und von diesem drei leistungsfähigen amerikanischen Schiffsbaugruppen zum gemeinschaftlichen Betrieb unter dem Namen United States Lines übergeben worden. Für den Betrieb bleibt der Name des Staates der United States Mail S. S. Co. in Tätigkeit. Die Dampfer werden auf den alten Linien nach dem alten Fahrplan verkehren. Der Norddeutsche Lloyd Bremen überläßt die Generalagenturgeschäfte fort. Die Interessen der Passagiere und Frachter werden durch die Aenderung nicht berührt.

Der 32. deutsche Juristentag ist gestern vormittag in Bamberg in Sessensitz des Reichsjustizministers Dr. Schiffer feierlich eröffnet worden.

Die Polizeigewalt in Speyer wieder in deutschen Händen. Wie die Frankfurter Zeitung erläutert, ist auf wiederholten mündlichen und schriftlichen Brotte der Regierung in Speyer die Polizeigewalt vom Deutschen Kaiser wieder den Deutschen übertragen worden.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland. Nach längeren Verhandlungen hat sich die polnische Regierung nunmehr prototypisch bereit erklärt, vom 16. September ab ein neues Protokoll für den Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland in Kraft zu setzen. Dieses neue Protokoll bringt eine erhebliche Erweiterung der bisherigen Bestimmungen, insbesondere auch ein Schnellzugs- und ein Personenzugsvorlauf auf der Strecke Schneidemühl-Bromberg-Thorn-Deutsch-Cöslau. Für die Benutzung dieser Bögen gelten diejenigen Bestimmungen, wie für die auf der Strecke Konitz-Dörfchen verkehrenden Schnell- und Personenzüge. Deutsche Reichsbangeschäfte brauchen also nur mit einem Personalausweis verliehen sein. Ein polnisches Bilum ist für diese Bögen nicht erforderlich. Ebenso wird auch nach dem neuen Protokoll sowohl auf der Strecke Konitz-Dörfchen, wie auch auf der Strecke Schneidemühl-Deutsch-Cöslau eine Anzahl neuer Güterzüge verkehren.

Protest gegen einen Regimentsstag. Wie der „Rötelanziger“ meldet, protestierten die Oldenburger Gewerkschaften bei der Regierung gegen die Abhaltung eines Appells ehemaliger Einunddreißiger, wozu Hindenburgs Geschenke erdeten war.

Der Polizeipräsident von Breslau, Liebermann, ist vom preußischen Minister des Innern zur Disposition gestellt worden.

Der Getreidebedarf der Reichsgetreideanstalt. WTB. meldet: Entgegen den an der Berliner Produktionsstätte umlaufenden Gerüchten beabsichtigt die Reichsgetreideanstalt noch wie vor nicht, freies Getreide im Innlande aufzukaufen. Soweit ein Bedarf zur Einfuhr von Getreide besteht, wird die bereits getätigten Räume dinaus zur Aufrechterhaltung der Brotration bestehen, wird die Einfuhr wie bisher durch die Getreidegesellschaft für Getreide und Buttermittel für die Reichsgetreideanstalt getätigkt werden.

Der zweite deutsch-evangelische Kirchentag. Der Kirchentag wurde gestern vormittag in Stuttgart eröffnet. Der Vorsitzende des Oberkirchenrates, Müller-Berlin, die den Kirchentag willkommen. Galt der vor zwei Jahren in Dresden abgehaltene Kirchentag der Vorbereitung und der

Der Vater Wille.

Ein Roman von S. Torong.

„Augen! Augen! Das Mädchen war selbst schuld daran!“

„Ja, weil sie in der Nacht nicht wußte, wohin sie eilen sollte. Ich habe es gesehen.“

„Num ist es genau, alter Säuer!“ schrie Vogner. „Machte Dich begabt!“

Eine volle Börse flog in den Staub der Straße. Vogner hob sie auf und schleuderte sie dem Majoratsheer wieder zu.

„Behalte Deinen Bettel!“

„Unverständiger Mensch, die sieht aus dem Wege!“

Stauffenbach trieb die Pferde an. Vogner hatte gerade noch Zeit, um zurückzupringen; aber die Peitschenknüre zogte auf seine Wange eine blutige Spur.

„Warte, daß gebende ich Dir!“ kreischte Vogner auf und stürzte hinter dem Wagen her. Dann hob er das bewußtlose Mädchen auf und trug es nach Hause.

Das Ausland des Mädchens erwies sich als gefährlich. Das häbige Gesicht war durch eine große Wunde entstellt und die Lippen der Pferde hatten angedeckt noch eine schwere Gehirnerschütterung verursacht.

Auf Veranlassung des Oberbasters wurde die Verunglimpfung in das Krankenhaus gebracht und dort sorgfältig gevestigt; aber alle Wunde, das junge Leben zu erhalten, war vergebens. Magdalena starb nach drei Wochen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Als das Mädchen begraben war, suchte Regina eines Tores den alten Vogner auf.

„Sie sandt Ihnen am Tisch sitzend, den Kopf in die Hände gestützt.“

„Sie mußt Euch fassen, Vogner, Vene ist sehr wohl!“

„Über mir nicht!“

„Der liebe Gott hat Eure Tochter zu sich genommen und vielleicht vor größtem Unheil bewahrt.“

„Wollen Sie Gott aus dem Spiel, Frau Oberbästerin. Der ist nicht damit zu tun gehabt, sondern der Teufel.“

„So läßt Ihr nicht reden,“ verwies sie streng; „Freiheit von Stauffenbach trägt doch nur indirekt die Schuld an dem Unglück. Was geschieht, stand im Buche des Schicksals geschrieben.“

„Viel leicht ist dort auch geschrieben, daß der Gottesdienst einmal elend zugrunde geht und die Todessankt meines armen Kindes teuer bezahlt, nicht mit Geld, sondern mit seinem eigenen Leben!“

„Verglichen Leben mag ich von Euch nicht hören!“

„So hätten Sie eben zu mir nicht kommen sollen.“

„Ich kam aus Wilefeld hierher!“

„Dann könnten Sie sich den beschwerlichen Weg sparen, Frau Baronin. Wie ist um niemand's Mitleid zu tun, weil mir doch keiner auf der Welt helfen und keiner die Seele wie der lebendig machen kann.“

„Es ist natürlich, daß Ihr Euch gedacht; aber Ihr seid doch noch ein gesunder, kräftiger Mann, und angestrengte Tätigkeit hilft überwinden. Der Herr Oberbäster will Euch Arbeit verschaffen.“

„Seht schön von dem Herrn Oberbäster; aber es ist nicht notwendig. Was ich für mich brauche, bringt mir meine Schnitzerei ein. Die Vene hat kein neues Kleid, keine Schuhe und nichts mehr nötig.“

„Nun so nehmt wenigstens diese kleine Unterstützung an, die ich Euch aus gutem Griebe bringe!“

„Ich dankt Euch! Sie das Geld nur wieder ein! Ich nehme von keinem etwas, der Stauffenbach heißt!“

„Mein Mann und ich, wie haben Euch und Magdalena doch nie geküsst, sondern es immer mit dem Mädchen gut gemeint.“

„Ja, Sie sind eine brave Frau, auch der Herr Oberbäster ist ein gütiger Herr, und mein Kind hing an ihm viel mehr, wie an mir. Ich wünsche Ihnen beide das Beste, habe aber selbst keinen anderen Wunsch mehr als den, daß Venes Worte und keine Untat tiefendisch vergolten werde!“

Als er diese Worte mit beiseiter Stimme herausgesprochen hatte, schaute Vogner einem Diakon.

„Iede andere Frau hätte sich abgewunden. Regina aber sprach zu dem Diakon: „Ich liebe mein einziges Kind zu sehr, als daß ich Euch nicht verstehen könnte; aber ich hörte in Venes Worte: Ihr Sohn ist ein Verbrecher von Gott.“

„Welches?“

„Doch Ihr den Bau einer Klinik nemals nach Wolf von Stauffenbach richtet!“

„Er ärgerte, antwortete aber dann: „Gut, es ist! Ich habe schon vor Monaten der Vene versprochen müssen, daß ich keine Börse mehr annehme, und ich halte mein Wort!“

„Niederstot einer höheren Macht die Hoch! Sie wird schon bald richtiges Werkzeug finden!“

„Das wird sie!“

„Habt Ihr noch Eure alte Gewebe, Vogner?“

„Das habe ich; aber es ist verrostet und nicht gesaden; dort steht es.“

„Gebt die Waffe her! Ich kaufe sie Euch ab!“

„Das Gewebe ist mir nicht feil, Frau Oberbästerin; aber ich will es vernichten!“

Er nahm die alte Börse aus der Tasche und schlug mit der Fingernägel darauf, daß der Stoff und der Schatz zerstört wurden.

Zustand, so gilt es jetzt in Stuttgart, die Grundlagen zu schaffen für die rechte Zusammenfassung der deutschen evangelischen Kirche. Wir könnten es nicht verantworten, erklärte er, wenn wir nicht um der großen Sache willen alle Sonderwünsche zurück stellen würden. Nachdem Billionsdirektor Dr. Schmidts Berlin über die Zusammensetzung des Konsortiums Bericht erstattet hatte, teilte er mit, der Konsortiumsrat hierauf einstimmig bestätigt. Hierauf wurde Geheimer Hofrat Greifz. v. Bodmann-Münzen (Direktor der Bayrischen Handelsbank) zum Vorsitzenden gewählt. Staatspräsident und Kultusminister von Siebeck degradierte im Namen des Kultusministeriums, namens des Kultusministers, evangelische Kirche Konsistorialrat Professor Dr. Füchtner und Oberbürgermeister Leutnant-Lödger nahmen den Sitz der Versammlung. Es wurde sofort in die Beratung eingetreten. Zum Thema "Kirchenkund-Verfassung und Kirchenkund-Bertrau" referierten Dr. Höhne-Dresden und Professor C. Tielemann-Altenburg. Nach Entgegennahme des Berichtes wurde ein Auskuch zur Beratung der Einzelheiten des Vertragsentwurfs gebildet.

Amerika.

Verabredung der Gütertarife. Wie "Chicago Tribune" aus Washington meldet, hat die Eisenbahnverwaltung eine betroffliche Verabredung der Gütertarife auf den großen amerikanischen Linien bekanntgegeben.

Bermischtes.

Schweres Auto in Brand gestellt. Auf der Eisenbahnstraße Hohenberg-Klemmagen fuhr, wie das "Berlinische Tageblatt" meldet, ein amerikanisches Auto gegen den Eisenbahn-Hof Frankfurt. Das Auto wurde vollständig zerstört und sämtliche Insassen getötet.

Abgelehntes Gnaden gesucht. Der "Vorleser" berichtet aus Kaiserslautern: Die Oberstaatsanwaltschaft in Zweibrücken hat das Eruchen um Begnadigung des Sekretärs Haas von der freien Bauernschaft abgelehnt, der wegen seines Verhaltens beim Reichskrieg verurteilt worden war.

Eine Stadt durch ein Unwetter zerstört. Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Ingolstadt hat ein heftiges Unwetter die Stadt Georgetown auf der Insel Tobago zerstört. Man meldet schweren Schaden auf Trinidad. Die Stadt ist fast vollständig vernichtet.

Die Überschwemmungskatastrophe in Texas. Nach einer Meldung des "Daily Telegraph" aus San Antonio (Texas) bestätigt man die Gesamtzahl der bei der Überschwemmung Umgestorbenen auf 1200.

Das Eisenbahnunglück bei Lyon. Nach einer Meldung aus Lyon sind bei dem Eisenbahnunglück bei Lyon 28 Personen getötet und ungefähr 80 verletzt worden.

Wenn Damen Zigaretten röken... Die Zigarette hat man dem weiblichen Geschlecht nunmehr allgemein ausgestanden, aber die Zigarette will man ihm nicht so ohne weiteres erlauben. In englischen Blättern erheben sich entzürzte Stimmen, die die neue Mode des Zigarettenrauchens bei Damen aufs strengste verurteilen. Ein populärer Pfeifer Donald Clark, der bisweilen auch außerhalb seines Gerichtsaales den Menschen die Leviten liest, lädt sich folgendem vernehmen: "Ich finde, daß die Frauen durch das Zigarettenrauchen alle Artung bei altemaligen Leuten verlieren müssen, und daß sie kein vernünftiger Mann dazu herablassen wird, eine zigarettenrauchende Frau zu ehelichen. Wenn das Zigarettenrauchen dem weiblichen Geschlecht noch Spaß machen mög., kann die Zigarette doch nur dengen von ihnen aufgenommen werden, weil sie dem Manne in allem nachhören wollen. Eine Frau mit einer Zigarette mag noch hingeben; aber eine Frau mit einer Zigarette ist ein abschreckender und verlegender Anblick. Kann man sich eine Frau vorstellen, die ihr Kind stillt und dabei eine Zigarette raucht? Die Natur hat Mann und Frau deutlich voneinander geschieden, und wenn die Frauen diese Grenzen verwidern, so geben sie ihr Bestes und Schönsten auf."

Ein Fernrohr, durch das man die Marsmenschen sehen will. Das größte Fernrohr der Welt will ein amerikanischer Millionär W. Mc Afee errichten, um mit Hilfe dieses gewaltigen Apparates die vielerdrückte Frage zu lösen: "Ist es auf dem Mars Menschen?" Mc Afee ist nicht nur ein schwerreicher Mann, sondern auch ein leidenschaftlicher Astronom, der sich auf diesem Gebiet eine gewisse Lehrkraft erworben hat und mit Prof. David Todd von der Harvard-Universität zusammen arbeitet. Über seine Pläne für das größte Fernrohr der Welt hat er sich einem Berichterstatter der "Daily Mail" gegenüber ausführlich geäußert. Das Riesenfernrohr soll ihn in den Stand setzen, den Mars aus solcher Nähe zu betrachten, als läge er nur 2½ Kilometer entfernt. "Ich habe bereits seit vielen Jahren mit Professor Todd astronomische Beobachtungen unternommen," erzählte er. "Wir haben nur befloßene, die allergrößten Anstrengungen zu machen, um die ungewöhnlich günstigen Bedingungen auszunutzen, die sich im Jahre 1924 für die Beobachtung des Mars darbieten. Dreimal während dieses Jahres wird der Mars der Erde näher sein, als er es jemals seit mehr als einem Jahrhundert gewesen ist. Wir werden zu diesem Zweck das größte Fernrohr bauen, das bisher errichtet worden ist. Wir haben es in Chile, wo der Mars besonders gut zu beobachten sein wird, einen geeigneten Platz ausfindig gemacht, um das Teleskop aufzustellen, das 50 Fuß im Durchmesser haben wird. Ein Spiegel des Glaspiegels, der die größte Schwierigkeit bei einem großen Fernrohr ist, werden wir wie eine Erfindung von mir benutzen, nämlich eine flache Querüberschreitung von 50 Fuß Durchmesser, deren Oberfläche bei einer Drehung von einer bestimmten Geschwindigkeit als ein vorzüglicher Spiegel dienen kann. Infolge der großen Helligkeit, die das Fernrohr geben wird, werden wir Photographien aufnehmen können, ohne lange belichten zu müssen. Mit Hilfe dieses Fernrohrs und mikroskopischer Photographien wird es möglich sein, eine Gesamtvergrößerung von 25 Millionen zu erhalten. Das bedeutet, daß die Oberfläche des Mars, die 35 Millionen englischer Meilen entfernt ist, in eine Reihe von wenig mehr als 1½ Meilen für den Beobachter gebracht wird. Infolge dieser Vorbereitungen glauben wir 1924 imstande zu sein, lebende Wesen, wenn es solche auf dem Mars gibt, von unserer Erde aus sehen zu können. Wir werden aber nicht nur sagen können, ob menschliches Leben auf dem Mars vorhanden ist, sondern wir werden auch evtl. die Lebensbedingungen feststellen und eine Vorstellung von der dortigen Kultur erhalten." Mc Afee wird im nächsten Frühjahr bereit mit seiner Brüder nach Chile begeben und dann während des ganzen Jahres 1924 mit dem Professor und einem wissenschaftlichenstab zu Chononal Beobachtungen vornehmen.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 18. September 1921.

Die höchste Hochspannungsleitung der Welt in Berlin. In Berlin, um auch die größte Elektrizitätszentrale in Berlin-Norden an das Golpaer Fernstromnetz anzuschließen, wird vom Dienstag an eine Leitung mit einhunderttausend Volt Spannung durch den Norden Berlins geben. Seither in Amerika hat man bisher nicht gewagt, eine derartige Hochspannungsleitung in dicht bebauten Stadtteilen einzurichten.

Wegen Beliebung des Reichspräsidenten beruft.

X Stettin. Wegen Beliebung des Reichspräsidenten beruft die niedere Strafkammer den Landwirtschaftsbeamten Dr. Axel Oberg zu zwei Wochen Gefängnis.

Zum Landarbeiterstreik in Thüringen.

X Mansfeld. Im Mansfelder Land ist der frühere Gauleiter des freien Landarbeiterverbandes Hollenbeck wieder aufgetaucht und hat in Versammlungen zum Streik aufgerufen. Sein Auftreten hat einen Tollerfolg gezeitigt, indem die Landarbeiter der üblichen Dorfschäfer, soweit sie im freien Landarbeiterverband organisiert sind, allgemein in den Rückstand traten und sogar die Flottlandarbeiter verliegern. Die landwirtschaftliche Not hilfe ist bereits eingesetzt worden.

Die Demokraten für Verbreiterung der Regierungskoalition.

X Karlsruhe. In der am Montag abgehaltenen Sitzung des Landtagausschusses der Demokratischen Partei sprach Minister Hamm zur Frage der Regierungsbildung im Reiche und in Preußen. Er betonte, eine Verbreiterung der Koalition sei selbstverständlich nur zu begrüßen; die Demokratische Partei solle aber Zurückhaltung üben und keiner anderen Partei nachlaufen.

Der Provinzialausschuss des Rheinischen Zentrums zur Lage.

X Köln. Am Anschluß an die Trauerfeier für die verstorbenen Führer der Zentrumspartei fand eine Sitzung des Provinzialausschusses des Rheinischen Zentrums statt. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Mit höchstem Bedauern hat der Provinzialausschuss Kenntnis genommen von der Nachricht, daß eine Abschaffung der Sanktionen als möglich oder gar als wahrscheinlich darstellt. Wenn diese zum 16. September angelegte Aufhebung der Sanktionen nicht stattfinden sollte, wird sich in ganz Deutschland die Übergangszeit gelten machen, daß das Ziel und der Zweck dieser Politik die völlige wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands ist. Ebenso müssen wie darauf befehlen, daß die militärischen Sanktionen, die im befreiten Gedächtnis eines unerträglichen Druck bedeuteten, aufgehoben werden, zumal sie jeder Grundlage entbehren. Die Entschließung wendet sich dann gegen die häufig geführten Angriffe gegen den Reichskanzler Dr. Wirth. Das Ziel dieser Angriffe sei offenbar, die Zentrumspartei selbst zu treffen. Die Zentrumspartei müsse aber eins und stark befehlen bleiben, wenn die Koalition der Mitte aufrecht erhalten bleibe. Der Provinzialausschuss bedauert, daß es bisher dem Ministerpräsidenten Stegerwald nicht gelungen ist, ein Ministerium auf breiterster Grundlage zu bilden. Wenn eine Politik der Mitte fortgeführt werden sollte, dann müsse eine Verbreiterung nach beiden Seiten unabdingt stattfinden.

Vertäufung aufsteile Aufhebung der Sanktionen?

X Köln. Die "Rheinische Volkszeitung" erläutert aus Höchst am Main: Anteile der Aufhebung der Sanktionen, die für den 15. September in Aussicht gestellt war, ist seit einigen Tagen an der hiesigen Zeitung eine erhebliche Verstärkung der Kontrolle eingetreten. Den französischen Soldaten helfen bei der Durchsucht des Reisegepäcks schwarze und braune Soldaten.

Die Schärfenteste im besetzten Gebiet.

X Köln. Wie die "Rheinische Volkszeitung" mitteilt, ist das Verbot der englischen Besatzungsbehörde, bis zum 5. Oktober kein Schützenfest abzuhalten, mit Wirkung vom 5. September aufgehoben worden.

Ein Übergriff.

X München. Die Meldung, daß zwischen Wiesbaden und München ein Kraftwagen mit Flugblättern der Gruppe Bildander, die in München verteilt werden sollten, polizeilich angehalten worden sei, hat sich als eine grobe Fehlinterpretation herausgestellt. In Wirklichkeit handelt es sich um einen sozialdemokratischen Überfall auf den Kraftwagen, in dem man Flugblätter für einen Redbspalit vermutete. In dem Kraftwagen waren aber nur fünftausend Nummern des Wiesbacher Tagesschau, die herausgerissen und ins Wasser geworfen wurden. Die an diesem Überfall beteiligten Personen werden sich wegen Rötzung, Sachbeschädigung und unter Umständen wegen Landfriedensbruches zu verantworten haben.

Vom deutschen Juristentag.

X Bamberg. Auf dem Juristentag hielt Reichsjustizminister Dr. Schiffer eine Rede, in der er betonte, daß beste Geist bei der Verfassung, die denn auch mit einer besonderen Heiligkeit umgeben sei. Die deutschen Juristen seien verfassungstreu.

Eine Kirche eingekreist.

X Brüssel. Gestern stürzte die Decke der Kirche St. Anna in Woerperberg bei Brüssel ein. Eine Frau und zwei kleine Kinder wurden getötet und deren Mutter schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht, wo sie bald darauf verstarb. Man glaubt, daß der Einsturz der Kirche die Folge des Orkan ist, der in der Nacht Brüssel heimsuchte und großen Schaden anrichtete.

Kunst und Wissenschaft.

Beginn der Südpolreise Shackleton. Nach einer Meldung des "Petit Parisien" aus London verläßt die Expedition Shackleton am Sonnabend London, um die Südpolareise anzutreten. Für die Expedition sind zwei bis drei Jahre in Aussicht genommen.

Sport.

Schwimmwett. Der SC "Otter" von 1908 Riesa weilt am Sonntag, den 11. 9. 21 in Großenhain, um dort in dem dazu vorzüglich geeigneten Bade seine Clubmeisterschaften auszutragen. Als Clubmeister für 1921/22 gingen hervor: Im Herrenschwimmen (60 m Brust) Herr Honowitsch in 47,3 Sek.; im Herrenschwimmen (50 m Rücken) Herr Krausenbach in 50,4 Sek.; im Herrenschwimmen (100 m beliebig) Herr Ewig in 1 Min. 50 Sek.; im Herrenspringen Herr Ewig mit 43,5 Pkt.; im Kropholtswettbewerb Herr Ewig 9,5 m in 9 Sek.; im Jugendspringen Herr Seifel mit 23,5 Pkt.; im Damen schwimmen, Jugend (60 m beliebig) Herr König in 1 Min. 11,1 Sek. Zu erwähnen verdient an dieser Stelle noch besonders zu werden, daß unsere Werbearbeit schöne Früchte getragen hat, indem der 1. St. am 11. 6. 21, von dem SC "Otter" von 1908 gegründete Schwimmverein Oschatz bereits die ansehnliche Zahl von 72 Mitgliedern zu vereinen hat und sich schon wiederholt Preise zu den Wettkämpfen in Riesa und Komotau erzielen hat. Nach diesem Auskämpfen der Meisterschaften wäre also die diesjährige Badeseason als beendet anzusehen.

150 M. heute zwisch. 9 u. 10 Uhr. Wettinerstr. v. arm. Flüchtling verloren. Abzug ab. Belohnung 1 Tgl. Riesa.

Gitarrenkonzert Rösschen zugelassen. Paulstr. 70.

Einfach möbli. Zimmer für 15. Sept. 1921 sofort gefüllt. Angebote unter R. M. 7642 an das Tageblatt Riesa.

Wegen Beliebung des Reichspräsidenten beruft.

Müngers Dienstmädchen

Woritzkner, Bismarckstr. 23

Wohlfahrtshilfe

als Aufwartung für den ganzen Tag gefüllt.

Schuhwarenhand

Hauptstr. 60.

Stellmacher-Gehilfe

für dauernd gefüllt.

Otto Berlin, Hartmannsdorf bei Limbach i. S.

Rassenbotenstelle

(L. N. 7612) gefüllt.

5—10000 Mark

gegen hohe Bezahlung und gute Sicherheit auf ½ Jahr

zu leihen gefüllt.

Werbe Angeb. unter T. M. 7644

an das Tabl. Riesa erbeten.

Grundstückstausch

Oschatz-Riesa.

Nach suche ein Hausgrundstück in Gräba oder Riesa

gegen mein in guter Zustande befindliches Grundstück mit Bürgermeisterhof zu tauschen.

Gehäuse kann sofort weiterveräußert werden, da große Kundenbasis. Günstige Werkstatt mit Arztanlage, elekt. Licht u. Gasleitung zur Verfügung. Ausführl. Off. unter 8 M. 7643 an das Tabl. Riesa.

50 St. Rottossehöfe

neu ob. gebraucht, zu kaufen gefüllt.

Off. m. Preis unter Q. M. 7644 an das Tabl. Riesa.

Dabe preiswert abzugeben:

1 Waffenaus, grau diagonal,

1 Paar Schnürschuhe, Gr. 30

1 Friedrich-August-Str. 30, p.

Offiziers-Reithose

zu kaufen gefüllt.

Off. m. Preisangabe unter P. M. 7640 an das Tabl. Riesa.

Motorrad

2 HP. Einsylinder, neue Reifung, tabelloser Motor, gebraucht, aber noch sehr guterhalten, steht preiswert zum Verkauf. Jägerstr. Nr. 25 bei Strebla a. Elbe.

Für Fleischer I

6 Stück gutehalt. Fleischblätter zu verkaufen

Poppitz Mr. Th.

Ein fast neuer Stubenknopf, Kopierkelle und Altmänner zu verkaufen

Gröba, Dammeis 14.

20 St. Stok

Bachosenwagen

zu verkaufen. Gäßchenstr. 12.

Dachafeln

mit Hobocit-Pappe. Größe 2,90x1,60 m, Stück 160 Pf.

zu verkaufen. Kirchstr.

Bahnhofstrasse 10.

Lehrfräuleins,

welche Lust haben sich in besserer Damenkleider auszubilden, können sich sofort oder später melden. And. folge, welche die Konfektion erlernen wollen, haben die Gelegenheit in einfachen, sowie in eleganteren Sachen sich zu vervollkommen bei Johanna Gebauer, Albertstr. 7, I.

Herrn. Johs. Bertel, Bahnhofstraße 10

Kauf laufen: Zeitungen, Hefte, Bücher, Alten, Kreis.

Altpapier, taren, Papierabfälle;

Weiß- und Rotwein-, Rognak-, Gas-

Flaschen, sauber, saft- und Wasserflaschen;

Gumm., Knöchen, Rost- und Schweinehaare, Nit-

Café Promenade.

Morgen Mittwoch abends 1/8 Uhr Konzert gespielt von Mitgliedern der Kapelle Himmels.

Ankündigung!

Dem geehrten Publikum von Riesa u. Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir vom heutigen Tage unser Geschäft wegen Veränderung bis auf weiteres geschlossen halten.

Albert Troplowitz Nachf. - Riesa.

Pflaumen.

Suche einige Wagen gefüllte Pflaumen zu kaufen bei Selbstabholung und erbitte darüber die Fassette. Hotel Deutsches Haus, Riesa.

Weintrauben

zum Pressen kaufen jeden Posten
Weinkellerei Lichtensee, Fernspr. Amt Grödig 22.

Erdbeerplanten
— jetzt günstige Pflanzzeit —
großfruchtige, reichtragende,
frühzeitige Ananasartige,
Schock 5 Mark.

Winterfutterplanten

Schock 1 Mark.

Wellschraub Weißstraut
Wbd. 80 Wsg. Wbd. 70 Wsg.
Poppicker Str. 51.

Gebr. Dameuräder
(auch Rahmen)
zu kaufen gesucht.

Franz & Emil Müller
Fahrradhandlung
Merzdorf, Fernspr. Riesa 606
Riesa, R.-W.-Pl. Nr. 607.

Pianino

ob. kleinen Flügel aus Privat zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an Regel, Dresden, Cäcilieviolak 11, 3.*

Handwagen

sowie Erfahrtäder isolierte Bauart — in allen Größen — zu äußerst Preisen. W. Spengler Wilhelmstr. 6 gegen Kaiserhof

Ausführ - Erklärungen
weiße 19:29 cm
wieder vorrätig
in d. Tageblatt-Druckerei Riesa.



Hennickes Radikal-Wanzen-tod
bestes Mittel zur Vertilgung der Wanzen u. deren Brut empfohlen in 1/2 u. 1/4 Städten Med.-Prog. A. B. Hennicke.

Zu dem am Sonnabend, den 17. September v. 38, in Ortrand stattfindenden Markte stellt der Buchviehhändler Verein Wittichenau gutes östpreußisches Vieh zum Verkauf.

Steinbachs

Waschextract 3 Spalen
Spalenkernseife



sind wieder in altbekannter Güte in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Man achtet auf die Schutzmarke! F. E. Steinbach, Leipzig.

Geschlechtskrankheit!

Rasche Hilfe! Doppelte Hilfe!
Harnhrenleiden, frischer und veralteter Aussatz, Haltung in längster Zeit, Sphincter, ohne Bewegung, ohne Einwirkung und andere Fälle, Manneskunde, häusliche Hilfe, Weißtuch, — Über jeder der 4 Seiten ist eine ausführliche Beschreibung erschienen mit zahlreichen Abbildungen und hunderten Zeichnungen. Danach folgen Geheile, Zulassung, Kostenlos gegen 1 Mark für Vorlesung in geöffnetem Doppelbrief, ohne Aufwand durch Dr. med. H. Seemann, Gmbh Sommerfeld 141 (Beitrag Frankfurt Ober), Spezialistische Zeitung. Leider genau angegeben, damit richtige Beschreibung gefunden werden kann.

Drainierrohre

in bester Ware, hartgebrannt, sind vorrätig.

Eugen Hülsmann

für Carl & Gustav Hartung Fabrik Altenbach bei Borsig.

Frässige

Liefbau - Stüffohle

sowie

Siebfohle, Förderfohle
sann in jeder Menge abgeholt werden von Braunkohlengrube „Vogelsfreude“ bei Rothstein (Kreis Liebenwerda) Post Wahrenbrück.

Brikett-Ausgabe

auf alle rückständigen Marken bis mit September für Riesa-Stadt, Mittwoch, den 14. September, vormittags 7-11 Uhr.

C. A. Hörls.

Jetzt frischgebrannt

Bau- u. Düng-Graukalk

im Eulitz'schen Kalkwerk, Pulitz.

Curt Medler
Margarete Medler geb. Pohle

Vermählte

Riesa Dresden-A.

12. September 1921.

Statt Karton.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reizendem Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir — zugleich im Namen unserer Eltern — herzlichsten Dank.

Iris Heine und Jean Frieda geb. Haferkorn, Riesa, Paulscher Str. 26, 18. 9. 1921.

Männergesangverein „Orpheus“

Leitung: Horst Krause.

Wohltätigkeits-Konzert

Instrumental- und Gesangskonzert

zununsten der Oberschlesierhilfe

Freitag, den 18. September 1921

im Hotel Höpfner.

Kassenöffnung 7 Uhr. Beginn 8 Uhr.

Vorverkaufsstellen: Buchbldg. Müller, Hauptstr., Buchbldg. Blume, Bettnerstr.

Numerierter Saalplatz 3.50 M., nichtnummer.

Saalplatz und Galerie 2.20 M. (einfach Kartensteuer). — An der Abendkasse Aufschlag.

Bahreichen Besuch sieht entgegen

der Vorstand.

Guterhalter Kinderwagen zu verkaufen
Weihner Str. 81, v. L.

Gummi wird teurer!

Deshalb ist es ratsam, jeden Bedarf sofort einzubedenken. Wir empfehlen noch pa. Fahrraddecken und Schlüsse (auch die billigen).

Stron & Emil Müller
Fahrradhandlung
Merzdorf, Fernspr. Riesa 606
Riesa, R.-W.-Pl. Nr. 607.
Grönés Hund- & Staub-Offens. füheres Hellmittel gegen Staube. Viele laufende Dantenschreinen. Bei dabei: Stadt-Apotheke Dr. Arnold, Riesa n. E.

Tischtücher
Größe 125/125, 135/135
160/170, 160/225, 160/280 cm
Leinenhaus Adolf Ackermann.



Henko
Gentle-Wash-
Bleach-Soda
ausgeführt in Düsseldorf-Rathenau
Herrlichkeit Henkel & Co. Düsseldorf

Soeben eingetroffen:
Speisekartoffeln
gesunde, grohe Odemus-Blätte,
Mark 56.— per Bentiner.
Verkauf von 1/2 Bentiner an
Hans Lundwig,
Gröba.

Nordstern
Shag - Tabak
50 Gramm-Balet 2.75
100 Gramm-Balet 5.50
Wettinerstr. 20.
Fehre.

Rettichbirnen
3 Pfund 2 Mark, empfiehlt
Dr. Koch, Hauptstr. 19.

Feinstes Nizza-
Provenzer-Del
Loe und in Originalflaschen
empfiehlt die Med.-Drogerie
A. B. Hennicke.
Direkter Import.

Pöklinge
treffen von heute ab täglich
frisch ein u. empf. listenweise

H. Gruhle
Bismarckstr. 35a.
Telefon 652.

Böflinge
heute abend frisch, sowie
Bräuse
zum Einschenken empfiehlt
Carl Pohlmann,
Goethestr. 39. Telefon 715.

F. R.
Donnerstag, den 14. Sept.,
abends 7 Uhr Ilebung, D. C.
Die heutige Nr. umfaßt
6 Seiten.

Nachdem wir unseren lieben Entschlafenen,
den Weltmeister

August Schumann

zur letzten Ruhe gebettet, drängt es uns, allen
denen, die uns bei unserem Verlust durch Wort,
Blumen und trostreiche Spenden beigestanden
haben, unseres herzlichsten Dank auszusprechen.

Die trauernden Hinterbliebenen,

Gröba, den 18. September 1921.

Gestern früh verschloß plötzlich mein lieber
Gatte, unser guter Vater, Schwager- und Groß-
vater, Bruder, Schwager und Onkel, der
Vat.-Oberheizer

Gustav Grünthal.

Dies gelingt hiermit im tiefsten Schmerze an
Martha verw. Grünthal und Angehörige.
Neuweida, am 18. September 1921.

Am 8. 9. 21 entriss uns der Tod unseres
lieben Arbeitskollegen

Emil Lautschke.

Wir verlieren in ihm einen treuen und gut-
mütigen Mitarbeiter und werden ihm ein ehren-
des Andenken bewahren.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen
der Firma G. Schulte, Riesa.

Beilage zum „Niesaer Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Wagner & Winterlich, Niesa. Chefredakteur: Goebelkraut 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Niesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Niesa.

N 214.

Dienstag, 18. September 1921, abends.

74. Jahrg.

Sitzung des Vertretungsausschusses des Sächs. Landtages.

wst. Dresden, 12. September.

Der Vertretungsausschuss des Sächsischen Landtages trat Montag vormitig 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um über die Maßnahmen der sächsischen Regierung auf Grund der Befreiung des Reichspräsidenten vom 29. Aug. 19. J. zu beraten. Die Sitzung, der auch Ministerpräsident und sein Wirtschaftsminister Hellmuth bewohnten, wurde durch den Sächsischen Präsidenten eröffnet.

Bundespräsident Dr. Blücher (D. Sp.) die Anträge seiner Partei zur Verordnung des Reichspräsidenten, erörterte die Maßnahmen der sächsischen Regierung und bestreitete die jüngsten Vorgänge und Verhandlungen über die Verordnung des Reichspräsidenten vor allem nicht gleichmäßig und gerecht gehandhabt. Da die Kommunisten gebroht hatten, nationallibertäre Verhandlungen gewaltsam zu führen, so habe die Regierung nicht den Mut gehabt, gegen diese Störenfriede mit staatlichen Mitteln vorzugehen und deshalb diese Verhandlungen einfach verboten.

Ministerpräsident Bud berief sich auf die Zwangslage, in der sich die sächsische Regierung befände. Zu rauschenden Vergnügen sei die Zeit nicht geeignet. Ein künstliches Vorgehen dagegen sei entsetzlich, was überflüssig wäre, wenn größere Zurückhaltung beobachtet würde. Dies sei aber bei den Gedanktum und Regimentslagen nicht der Fall. Daher seien sie verboten worden. Wenn dabei eine harmlose Verzweiflung mit betroffen wäre, so sei das das kleinste Übel. Die befürchtete Lage Sachsen verlangt auch besondere Maßnahmen. Im übrigen sei die Regierung bereit, die Verfassung auch gegen Angriffe von links an schützen. Sie werde den Staatsoberer unter allen Umständen beschützen.

Abg. Wagner (D. Sp.): Die sächsische Verordnung sei aus Rechtsgründen unzulässig; da sie das verfassungsmäßige Verhandlungsberecht eintrübe.

Abg. Dr. Wagner (D. Sp.) beläßt die Reichsverordnung und die Behauptung, daß durch die Parteien der Rechten eine Verwilderung der Sitten herbeigeführt werde. Er wies an zahlreichen Beispielen nach, wie wenig gegenwärtig getan werde gegen Angriffe von der linken Seite und forderte Berechtigkeit nach beiden Seiten hin. Er brachte schließlich einen Antrag ein, der dahin geht, die Aufsicht der Reichsverordnung zu fordern, und wenn dies nicht möglich sei, Verbot jeder politischen Gewalt, gerechte Vorgehen ohne Anschein der Partei, Angaben von Tatsachen nicht nur von allgemeinen Grundlinien des Verboten, Schutz auch für die Gerichte, Aushebung des Verboten der Parteidrohung, Kampf gegen Terrorismus jeder Art und Bestrafung der Schuldigen.

Minister des Innern Lipinski lehnte die Beantwortung der Anfragen des Abg. Blücher ab und wies auf ein Westlausburgisches Blatt hin, in dem zum Nord aufgefordert worden sei.

Abg. Eickhoff (Kom.) forderte die sofortige Einberufung des Landtages zur Besprechung der ganzen Angelegenheit. Abg. Blücher (D. Sp.) hielt weitere Verzögerung für nötig.

Abg. Dr. Seijers (Dem.) erklärte, daß seine Partei sich

geschlossen hinter die Reichsregierung stelle und deren Ver-

ordnung zum Schutz der bestehenden Staatsform für not-

wendig halte. Die sächsische Verordnung gebe aber über die Reichsverordnung hinaus. Dummerdin müsse gegen den

Weiterbrauch von Verhandlungen zu parteilichen Zwecken aufschärfe Stellung genommen werden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der kommunistische Antrag auf Einberufung des Landtages gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Von dem Antrag Wagner wurde der erste Punkt, der die Aushebung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten verlangte, gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen abgelehnt.

Der zweite Punkt dagegen verlangte, wenn dies

nicht zu erreichen sei, daß die Verordnung des Reichspräsidenten eine Fassung erhält, wonach sie sich gegen Gewalt-

taten, Aufzettungen und Bildung solcher Handlungen

schlechthin und ohne Einschränkung richtet. Dieser Punkt wurde gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und Deutschen Volkspartei abgelehnt. Punkt 3 verlangte, daß die Verordnung gerecht und ohne Anfechtung der Partei gehandhabt werden solle. Dieser Punkt wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Punkt 4 des Antrages Wagner verlangte, daß bei der Begründung von Verbots nicht nur die Worte der Verordnung des Reichspräsidenten zu wiederholen, sondern die einzelnen bestimmten Tatsachen angegeben seien, in denen die Voraussetzung zur Anwendung der Verordnung gefunden wird. Nach Punkt 5 sollten auf Grund der Verordnung auch die Gerichte als verfassungsmäßige Organe des Staates vor den Verjährungsmaßnahmen in der Presse oder in Verhandlungen geführt werden. Punkt 6 verlangte die Aushebung des Verboten von Regierungsbeamten und ähnlichen Verhandlungen. Die Punkte 4 bis 6 wurden gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Punkt 7 wandte sich gegen den Terrorismus, der durch gewalttätige Behinderung von Verhandlungen Anderen gegenüber, unbefugtes Eindringen in fremde Räume und verlangte seine Bekämpfung mit staatlichen Maßnahmen. Punkt 8 wünschte die Bestrafung der Schuldigen. Die Punkte 7 und 8 wurden mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und des Abg. Gräßdorff angenommen.

Der Reichswirtschaftsrat zu den Steuervorlagen.

Der Reichswirtschaftsrat gibt zu dem Gesamtstaub der ihm eingangs vorgelegten Steuervorlagen folgende Erklärung ab:

1. Der Reichswirtschaftsrat stellt als obersten Grundlage jeder großen Steuergesetzgebung überhaupt und im besonderen der gegenwärtigen fest, daß die Grenzen der Verantwortlichkeit der Wirtschaft im einzelnen unter Berücksichtigung der gesamten öffentlichen Belastung zu ziehen sind. Der Reichswirtschaftsrat war bei seinen Beratungen jedoch nicht in der Lage, diesem Grundsatz genug zu verleihen — und seine Gutachten beziehen sich deshalb nur auf die einzelne Vorlage je für sich — sowohl, weil die verschiedenen Vorlagen ihm einzeln und zusammenhängend zugegangen sind, als auch, weil in vielen Fällen Verhandlungen von der Regierung nicht zu erlangen waren. Wenn der Reichswirtschaftsrat trotzdem seine Mitarbeit nicht vermag hat, so ist das nur im Hinblick auf seine entsprechende Erfahrung und auf den zumittelbaren Stand

Rücktritt des gesamten bayerischen Kabinetts.

Die Sitzung des bayerischen Staatsministeriums.

Die Korrespondenz Hollmann meldet aus München: Das gesamte Staatsministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Lage erörtert. Schließlich ist das Gesamtministerium zurückgetreten. Nach § 40 der Verfassung läßt die Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

Die bayerische Antwort nach Berlin abgegangen.

Nach einem Münchner Telegramm des „Berliner Tageblatt“ ist die bayerische Antwort in der vom Landtag ausgeschlossenen Hoffnung gestern nach Berlin abgegangen. Von einer abermaligen Entsendung einer Abordnung wird abgesehen und die Erledigung auf den geschäftsmäßigen Weg (Gesandter von Preyer und Abgeordneter Beyerlein) vertraut.

Sitzung des Reichskabinetts.

„Berl. Tagebl.“ heißt das Reichskabinett gestern nachmittag eine Sitzung ab. Man hat in parlamentarischen Kreisen die Aussicht, daß die Reichsregierung nach wie vor zu Verhandlungen mit Bayern bereit ist. Der Rücktritt des bayerischen Gesamtministeriums wird in möglichen parlamentarischen Kreisen als rein formaler Akt bezeichnet, der im Wortlaut der bayerischen Verfassung begründet liege. Da die Lage noch ungeklärt ist, hat sich auch das Reichskabinett, wie die Blätter melden, in seiner geplanten Sitzung noch nicht mit der bayerischen Frage beschäftigt. Die Reichsregierung will vielmehr noch weitere Meldungen aus Bayern abwarten.

Der Überwachungsausschuß zur bayerischen Krise.

Im Überwachungsausschuss des Reichstages leistete Abg. Dr. Beyerlein (Bav.) die augenblickliche Lage der bayerischen Krise. Ihr Ernst ergibt sich aus der Tatsache, daß die neuzeitlichen Münchener Forderungen von sämtlichen Parteien der bayerischen Opposition einschließlich der Mittelpartei (Deutschnationalen) gestellt wurden und daß ihnen selbst die Vertreter der Sozialdemokratie nicht widerstanden hätten. Der Fall habe gelebt, daß die Handhabung der Tretförderung durch die Reichsregierung in einer dem Gesamtwohl abträglichen Weise politische Erstürmungen schwerster Art ausgelöst habe, die im wahrlichen Interesse vermieden werden müssten.

Reichsanziger Dr. Birth

legte dar, daß die Fassung des § 4, wie die Herren aus Bayern sie nach München mitgebracht hätten, auf Anregung bayerischer Vertreter zurückgegebe. Sie lautet: Die Verbote und Beschlagnahmen werden von den Landeszentralbehörden und den von ihnen bestimmten Stellen aus eigener Entscheidung oder auf Erlassen des Reichsministers des Innern vorgenommen. Glauben die Landeszentralbehörden einem solchen Erlassen des Reichsministers des Innern nicht entsprechen zu können, so haben sie dies spätestens am zweiten Tag nach dem Empfang des Erlasses des Reichsministers des Innern mitzutragen, der alsdann befugt ist, die Anordnung selbst zu erlassen, deren Durchführung den Landeszentralbehörden obliegt. Zur allgemeinen Lage erklärte der Reichsanziger: Offizielle Neuauflagen der bayerischen Regierung, die insbesondere auch eine Auflistung der Wünsche bringen könnten, liegen noch nicht vor. Er habe sich nur kurz mit dem bayerischen Gesandten unterhalten können und nehme auch an, daß die bayerischen Koalitionsparteien entweder von sich aus oder durch die Regierung neue Verhandlungen eröffnen würden. Bisher sei ihm ein Führer dieser Verhandlungen noch nicht genannt worden. Es sei also ganz unmöglich, heute abschließend dem Verlangen der bayerischen Koalitionsparteien zu entsprechen. Gegenüber einem Jurus des Abg. Beyerlein

geschehen, trotz der Kürze der Zeit und selbst unter Hinteranstellung wichtiger Gesichtspunkte verloren zu müssen, die Reparationsverpflichtungen nach Möglichkeit zu erfüllen.

2. Als Gesamtergebnis der Beschaffung mit den verschiedenen Steuervorlagen ist jedoch folgendes herzvorzuheben: a) Die Steuergesetzgebung droht nicht nur, unübersichtlich zu werden, sondern sie ist es schon geworden. Es ist deshalb eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des gesamten Steuertrechts zur unaufdringlichen Notwendigkeit geworden; dies umso mehr, als die Unübersichtlichkeit der Veranlagungsvorschriften und die Unklarheit der Begriffsbestimmungen in vielen Fällen die Arbeit des Finanzamtes nicht nur erschwert, sondern die schwierige Arbeit unmöglich macht, mit der gerade die gegenwärtigen Verhältnisse der Geldchwierigkeit und die Dringlichkeit der Deckung des Reparationsbedarfes sowie das Ziel der Errichtung eines möglichst hohen Steueraustrags besonders rechnen müssen. b) Die nämlichen Gegenstände werden der Besteuerung nicht nur durch die Länder und die Gemeinden, sondern auch zum Teil durch den Reich zugleich unterworfen. Die Gemahlfestaltung mit den verschiedenen Steuertypen erreicht deshalb vielfach eine Höhe, daß sie stellenweise zu einer Übersteuerung führt und damit eine Gefährdung für die Wirtschaft geworden ist. Andererseits muß anerkannt werden, daß durch die letzten Steuerverformen die Steuerquellen der Länder und Gemeinden so sehr bestimmt worden sind, daß die letztgenannten Körper zum Teil nicht mehr in der Lage sind, die dringendsten, ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen und zum Teil sogar vor der Gefahr des Zusammenbruchs stehen. Deshalb betont der Reichswirtschaftsrat nochdringlich die Notwendigkeit einer baldigen Errichtung der Reichsteuergesetzgebung in der Richtung, daß nirgends die Gesamtblatung durch Reich, Länder und Gemeinden die Grenzen des wirtschaftlich tragfähigen überschreitet. Gesetzliche Höchstfeste und klare Befandlinien der einzelnen Träger der Besteuerung sind zu schaffen. c) Alle dem Reichswirtschaftsrat vorgelegten Steuern sind im Hinblick auf die Ausführungen unter 1. als einheitliches Ganzen von der Gesetzgebung zu verabschließen; es wird dabei besonders darauf zu achten sein, daß die jetzt bestossenen Besteuerungsgegenstände durch die Gesamtheit der steuerlichen Belastung in ihrem Verhältnis nicht derart angegriffen werden, daß dadurch die Neuordnung von Vermögen und damit der Weiteraufstieg der Wirtschaft verhindert wird.

Zeitungserbote.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August ist vom Reichsminister des Innern

dass er das Wort „heute“ nicht gebraucht habe, bemerkte der Reichsanziger, daß er sich sofort dieses Wort notiert und sich gleich gedacht habe, daß das wohl ein Attum sein müsse. (Beyerlein; Eicherlein). Der Reichsanziger fuhr fort: Durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Rohr ist eine neue politische Lage geschaffen worden. Zum Referat, das die bayerischen Herren uns erläutert haben, wird die Reichsregierung Stellung nehmen müssen. Ich lasse keinen Zweifel darüber, daß es und nur erwünscht sein kann, daß wir rasch in eine solche Aussprache mit dazu beanspruchten Herren eintreten können. Ich bin durchaus der Auffassung, daß es im Hinblick auf die leichtin geführten Verhandlungen nicht unmöglich erscheint, zu einer annehmbaren Grundlage zu kommen.

Der bayerische Gesandte v. Preyer erklärte: Nachdem am vorigen Donnerstag allgemein die Rede davon war, daß § 4 von der Reichsregierung entgegenkommend geändert werden könnte, wurde von einer kleinen juristischen Kommission eine Fassung des § 4 vorgenommen, die in dem entscheidenden Schlusshaus folgendermaßen lautet: „Möchtet die Landesbehörde, einem solchen Erlassen des Reichsministers des Innern nicht entsprechen zu können, so kann sie spätestens am zweiten Tag nach dem Erlassen die Entscheidung des in § 7 vorgesehenen Ausschlusses des Reichsrates anstreben.“ Neben die Formulierung hat dann die Reichsregierung Beschluss gefasst und am Nachmittag, der bayerischen Vertrichtung erklärt, daß sie keine Formulierung nicht annehmen kann. Der Vorschlag des Reichsministeriums werden von den Landeszentralbehörden oder den von ihnen beauftragten Stellen auf eigene Entscheidung oder auf Erlassen des Reichsministers des Innern erlassen. Die Landeszentralbehörden haben dem Erlassen zu entsprechen, indessen die Entscheidung des nach § 7 zuständigen Ausschlusses darüber anzurufen, ob den Anordnungen Rechnung zu tragen ist.“ Die bayerische Delegation erläuterte sofort, daß die bayerische Regierung vollkommen unannehmbar erscheine. Darauf wurde nach einer Fassung gefucht, die den bayerischen Regierung und den bayerischen Koalitionsparteien erträglich erscheine. Es ist dann auf Anregung von Vertretern der bayerischen Regierung der Vorschlag gemacht worden, der in der letzten Fassung enthalten ist, daß von den Koalitionsparteien nach München mitgenommen wurde. Die bayerischen Vertreter haben also nicht von vornherein diesen Vorschlag gemacht, sondern das ist erst geschehen, nachdem von der Reichsregierung ein ganz anderer Vorschlag gemacht worden war.

Nach der Rede des bayerischen Gesandten sprach der Deutschen Nationalen Hergt. Die Regierung, sagte er, muß möglichst noch heute die bayerische Kompromissforderung annehmen. Wir fordern Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Bayern, sowie Wiedereinführung in Mitteldeutschland und Ostpreußen.

Der Unabhängige Dittmar wandte sich bei dieser Gelegenheit gegen die Deutschen Nationalen, die er als Mörderbande bezeichnete. Diese Neuerung rief lebhafte Entrüstung bei den anwesenden Deutschen Nationalen Abgeordneten herbei. Sie regierten mit Ausdrücken wie „Unverschämtheit“, „Freiheit“ usw. Begen dieser Ansicht wurden die Deutschen Nationalen Abgeordneten zur Ordnung gerufen. Da der Vorsitzende nicht auch gleichzeitig den Knabenhängen zur Dehnung rief, protestierten die Deutschen Nationalen gegen in derart heftiger Weise und verließen schließlich den Sitzungssaal. Von Zentrumseite wurde hierauf die Begehung des Ausschlusses beantragt.

Der Ausschluß vertrug sich dann auf Donnerstagvormittag mit dem Rechte des Vorsitzenden, falls die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Bayern noch nicht zum Abschluß gekommen sind, die Sitzung darüber hinaus zu verlängern.

Das im Verlage von Richard Kunze in Berlin-Friedenau erscheinende „Deutsche Wochblatt“ für die Zeit vom 10. bis einschließlich 23. September 1921 verbietet werden.

Wie aus Hannover gemeldet wird, ist die „Niedersächsische Arbeiterzeitung“ wegen eines Artikels, in dem schwere Verdächtigungen gegen die Gewerkschaften ausgesprochen werden, vom 11. bis 19. ds. Ms. verbietet worden.

Aushebung der Zwangswirtschaft für Braunschweig.

Nach den Berliner Abendblättern hat im Kohlenausschuss des Reichswirtschaftsrates der Reichskohlekommissar erklärt, daß die Zwangswirtschaftszeitung für Braunschweig, Rosenthal, Stade, Stadeberg und Goslar am 1. Oktober d. J. außer Wirksamkeit treten solle. Der Kohlenausschuss stimmt dieser Regelung zu.

Warum Erzberger die Friedensverhandlungen geführt hat.

In der „Voss. Zeit.“ berichtet ein Freund Erzbergers über die Neuerungen, die der Ermordete ihm kurz vor seinem Tode über die Krise gemacht habe, weshalb er die Waffenstillstandsverhandlungen geführt habe. Erzberger habe dabei u. a. erklärt: Der folgenschwere Schritt ist mir durch meine Kollegen und den Prinzen Max von Baden während des Ministerrats aufgedrängt worden, in dem beschlossen wurde, die Verhandlungen aufzunehmen. Wir waren durch die schwierige Regierung benachrichtigt worden, daß unter keinen Umständen von der Entente mit Vertretern der Kaiserlichen Regierung oder Militärs der Obersten Heeresleitung verhandelt werden würde. Prinz Max lag im Laufe der Diskussion: Erzberger, Sie müssen sich aufstellen, und die Aufgabe übernehmen. Ich antwortete: Das ist die französische Sprache nicht genau beherrschte und mich nicht geeignet fühlt, diese große Verantwortung zu übernehmen. Daraufhin fügte General Grüner: Es ist kein Augenblick zu verlieren, sonst haben wir den Feind im Lande. In drei Tagen sind die Franzosen in Köln. Dann drängten mich Grüner und Triestner, indem sie sagten, sie seien zu alt für die Anstrengungen der Reise. Schwieriger Herzog gab es noch. Ich hoffte auch, daß Marshall Foch auf Grund meiner Friedensresolution vom Juni 1917 entgegenkommen zeigen würde, was aber nicht der Fall war.

Aus Oberschlesien.

Die Sicherheitsverhältnisse im oberschlesischen Abstimmungsgebiet haben sich durch die Verhandlungen und Abmachungen zwischen der deutschen u. der polnischen Partei

